

Sie streiken für uns alle

JA zum Streik im Öffentlichen Dienst

Verschiedene Politiker und Journalisten geben sich Mühe, die streikenden KollegInnen des öffentlichen Dienstes schlecht zu machen. In Wirklichkeit streiken sie für uns alle. Denn durch die geplanten Kürzungen wird der Service im öffentlichen Dienst verschlechtert und noch mehr Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz.

Arbeitszeitverlängerung vernichtet Arbeitsplätze

Der niedersächsische Finanzminister Möllring hat bereits zugegeben, dass die KollegInnen „mit weniger Menschen die gleiche Leistung“ erbringen sollen. Durch die Arbeitszeitverlängerungen werden ca. 250.000 Arbeitsplätze bundesweit abgebaut.

Das ist genau die falsche Richtung bei der aktuellen Massenarbeitslosigkeit. Allein in Hamburg sind 11,7 Prozent (101.875 Männer und Frauen) als erwerbslos registriert.

Es ist genug Geld da

Die Kassen sind leer, wird uns erzählt. Das stimmt, aber warum? Die Steuerquote, also das Verhältnis der Steuerzahlungen am Bruttoinlandsprodukt, sinkt beständig. Betrug der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern in den 70er Jahren noch 28 Prozent, so lag er 2005 bei 14 Prozent. Der Anteil der Lohnsteuern hingegen erhöhte sich im selben Zeitraum von unter 30 Prozent auf 36 Prozent. Wären die Gewinn- und Vermögenssteuern noch auf dem Niveau der 70er Jahre, hätte der Staat 70 Milliarden Euro mehr in der Kasse.

Mit diesem Geld wäre es möglich, die Dienstleistungen zum Wohle der Öffentlichkeit zu finanzieren, anstatt sie zusammenzustreichen. Die leeren Kassen sind kein Sachzwang, sondern von Menschen geschaffen. Und zwar von Politikern, die sich mehr um die Profite der Unternehmen sorgen als um das Wohl der Allgemeinheit.

Die Beschäftigten sind nicht faul

Gerne wird das Gerücht verbreitet, die KollegInnen im Öffentlichen Dienst seien faul. Genauso wird behauptet, dass Erwerbslose nicht arbeiten wollten. Oder, dass Jugendliche zu anspruchsvoll sind, um einen Ausbildungsplatz zu finden. Deswegen - so ist die Logik dieser Behauptungen - sollen diese Leute den Mund halten und nicht aufmucken. All diese Vorurteile werden verbreitet, um uns gegeneinander auszuspielen: Beamte gegen Arbeiter, Jung gegen Alt, oder Erwerbslose gegen Beschäftigte. Dies kann nicht unsere Logik sein. Beschäftigte - ob Arbeiter, Angestellte oder Beamte, Jugendliche, Erwerbslose oder Rentner - stehen auf der selben Seite. Die Wirtschaftskrise soll auf unsere Schultern abgewälzt werden. Während Unternehmen in Deutschland in 2005 ihre Profite um 22% steigern konnten, wurden 395.000 Arbeitsplätze abgebaut und das Sozialsystem demontiert.

Anstatt uns spalten zu lassen, sollten wir uns gemeinsam wehren wie die Bevölkerung in Frankreich, Italien oder Griechenland.

Deswegen:

- Keine Verschlechterungen im öffentlichen Dienst - volle Anerkennung der Streikforderungen
- Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich als ersten Schritt zur Verteilung der vorhandenen, gesellschaftlich sinnvollen Arbeit auf alle
- Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umwelt, Bildung und Soziales zur Schaffung von einer Million neuer Arbeitsplätze jährlich
- Finanzierung durch die Milliarden Gewinne der Banken und Konzerne und die Gelder, die sich in den Taschen der Superreichen befinden



Kontakt:

SAV Hamburg
Telefon 0176/51395025
eMail: hamburg@sav-online.de
www.sozialismus.info/hamburg

SAV-Treffen:

jeden Donnerstag um 19 Uhr
Croque-Lagune, Eiffestraße 612/ Ecke
Osterbrook (Hamburg-Hamm)

SAV Sozialistische
Alternative

www.sozialismus.info - hamburg@sav-online.de

V.i.S.d.P. : Andreas Schmidtke,
Bachstraße 95, 22083 Hamburg